

ÖSTERREICH

06.05.2011

Die Verfassungsklage wird in den kommenden Wochen erarbeitet und vor der Sommerpause des Landtages eingebracht.

# Rot-grüne Front gegen Bettelverbot



## ■ Verfassungsklage vorbereitet ■ Koalitionspartner ÖVP „gelassen“

**Das Bettelverbot spaltet die Koalitionspartner Schwarz und Grün: Letztere werden nun mit der SPÖ eine Verfassungsklage einbringen.**

**Linz.** Der Kampf gegen das von FPÖ und ÖVP im Landtag beschlossene Bettelverbot, das mit 5. Juli in Kraft treten wird, geht in die nächste Runde: Nach sechs Wochen Bedenkzeit schließen sich nun die Grünen der von der SPÖ ins Spiel gebrachten Verfassungsklage

gegen die Änderungen im Polizeistrafgesetz – das aufdringliches oder aggressives Betteln unter Strafe stellt – an. „Die Novelle ist zu schwammig formuliert, öffnet der Willkür alle Türen“, argumentierte gestern Klubobmann Gottfried Hirz, der ursprünglich das Urteil nach der Klage seiner Wiener Kollegen abwarten wollte. Der Zusammenschluss von Rot und Grün, den auch die öö. Bettellobby

begrüßt, stellt nun genau das Drittel an Abgeordneten dar, welches für eine Anrufung des Verfassungsgerichtshofes notwendig ist. SP-Klubchef Karl Frajs stützt sich auf zwei Gutachten, die auf problematische Punkte im Gesetzestext hinweisen. U. a. sei unklar, ob auch friedliche Formen des Bettelns bestraft werden, weiters sei die Übertragung von Kompetenzen auf Organe wie die Stadtwache beden-

lich. Auch für die Grüne Menschenrechtssprecherin Maria Buchmayr ist das „populistische Spiel“ von FPÖ und ÖVP nicht mehr tragbar. „Mit dem Sammlungsgesetz gibt es bereits eine Grundlage gegen organisiertes Betteln.“

### ÖVP: Novelle wurde sorgfältig vorbereitet

ÖVP-Klubobmann Thomas Stelzer sieht der Klage „gelassen“ entgegen, wie er gegenüber der APA erklärte. Die Novelle sei ein halbes Jahr lang vom Verfassungsdienst begleitet und unter Einbeziehung von Experten vorbereitet worden.